

utb.

Philipp Adorf

Die Republikanische Partei in den USA



utb 5238

utb.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto
facultas · Wien
Wilhelm Fink · Paderborn
Narr Francke Attempto Verlag · Tübingen
Haupt Verlag · Bern
Verlag Julius Klinkhardt · Bad Heilbrunn
Mohr Siebeck · Tübingen
Ernst Reinhardt Verlag · München
Ferdinand Schöningh · Paderborn
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart
UVK Verlag · München
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen
Waxmann · Münster · New York
wbv Publikation · Bielefeld

Philipp Adorf

Die Republikanische Partei in den USA

UVK Verlag · München

Dr. Philipp Adorf ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Online-Angebote oder elektronische Ausgaben sind erhältlich unter www.utb-shop.de.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© UVK Verlag 2019
– ein Unternehmen der Narr Francke Attempto Verlag GmbH & Co. KG

Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart
Einbandmotiv: © iStockphoto, CCaetano
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

UVK Verlag
Nymphenburger Straße 48
80335 München
Tel.: 089/452174-65
www.uvk.de

Narr Francke Attempto Verlag GmbH & Co. KG
Dischingerweg 5
72070 Tübingen
Tel.: 07071/9797-0
www.narr.de

UTB-Nr. 5238
ISBN 978-3-8252-5238-0

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Die Eroberung des Südens	13
2.1	Die Republikaner und der Süden – ein Jahrhundert gegenseitiger Animosität	13
2.2	Goldwaters Niederlage – Anfang der erfolgreichen <i>Southern Strategy</i>	28
2.3	Der Süden wird rot – Nixons Adjustierung der <i>Southern Strategy</i>	41
2.4	Ronald Reagan – Die Perfektionierung der <i>Southern Strategy</i>	57
2.5	Die <i>Southern Strategy</i> nach Reagan	84
3	Die Zusammensetzung der Republikanischen Partei des 21. Jahrhunderts	93
3.1	Die Republikanische Partei auf der Ebene der politischen Elite	94
3.2	Christlich-konservative Wähler	104
3.3	Die Tea Party	114
3.4	Donald Trump – die Krönung der <i>Southern Strategy</i> ?.....	128
3.5	Die Partei der weißen Arbeiterklasse	142
4	Die zukünftigen Herausforderungen der Republikaner	149
4.1	Der demographische Wandel der USA	150
4.1.1	Veränderungen der ethnischen Zusammensetzung des Landes	150

6 Inhalt

4.1.2	Republikanische Defizite in weiteren wachsenden Segmenten der US-Bevölkerung	159
4.1.3	Die Säkularisierung des Landes.....	173
4.2	Republikanische Maßnahmen des Machterhalts.....	180
4.2.1	<i>Redistricting</i> und das Ungleichgewicht der Repräsentation	180
4.2.2	Maßnahmen zur Einschränkung des Wahlrechts...	188
4.3	Die Republikanische Partei heute	201
4.4	Die amerikanische Demokratie in der Trump-Ära ..	212
5	Fazit	221
	Literaturverzeichnis	229
	Index	263

1 Einleitung

Die Trump-Kandidatur und ihr schlussendlicher Erfolg stellten Analysten, Wissenschaftler und das Führungspersonal der Republikanischen Partei vor ein Rätsel. Der politisch vollkommen unerfahrene Immobilienmogul konnte sich trotz einer Vielzahl von Skandalen in einem Feld voller republikanischer Politgrößen durchsetzen und schlug mit Hillary Clinton eine Gegnerin, deren Sieg nur wenige Wochen vor der Wahl noch als sicher galt. Um dieses Rätsel zu begreifen, wurden darauffolgend Trump-Wähler wie Patienten einer unheilbaren Krankheit untersucht. Warum hatten sich beispielsweise gerade die weißen Amerikaner ohne Hochschulabschluss (die sogenannte *White Working Class*) mit einer überwältigenden Mehrheit für Trump entschieden? Wie schaffte es dieser Mann, trotz seiner Affären und im allgemeinen chauvinistischen Ansichten, eine klare Mehrheit der weißen Wählerinnen des Landes auf seine Seite zu bringen?

Auch wenn gerade als Folge der Trump'schen Rhetorik republikanische Politiker in regelmäßigen Abständen die Behauptung aufstellen, Trump verrate mit seiner ressentimentgeladenen Politik die Ideale der Partei Lincolns¹, ist es gerade die Wählerschaft des 45. Präsidenten, die einen Aufschluss über sein Erfolgsgeheimnis liefert. Vielleicht noch viel wichtiger im Kontext dieser Untersuchung legt sie Trumps ideologische Einbettung innerhalb der Republikani-

¹ Siehe beispielsweise den Gastkommentar des ehemaligen republikanischen Senators John C. Danforth in der Washington Post unter dem Titel „The Real Reason Trump is not a Republican“ (24. August 2017). Hier argumentiert der Autor, Trump breche mit den Werten, auf denen die Republikanische Partei etabliert wurde. Wie im Folgenden aufgezeigt wird, stellen Trump und seine Politik die Konsequenz der Entwicklung der Republikanischen Partei seit den 1960er Jahren dar.

schen Partei des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts offen. Donald Trumps Kandidatur und sein innerparteilicher Erfolg auf der Basis seines nativistischen² Populismus wären ohne die jahrzehntelange Vorarbeit anderer republikanischer Politiker und Strategen nicht möglich gewesen. Gerade weil Donald Trump als explizit republikanisches Phänomen und nicht als Akteur, der in der Methodik der Geschäftswelt eine „feindliche Übernahme“ der Partei umsetzte, verstanden werden muss, wird der Fokus des vorliegenden Buches auf den Aspekten liegen, die Trumps erfolgreiche republikanische Kandidatur ermöglichten, die seine Popularität in den eigenen Reihen erklären und die darüber hinaus die Zukunft der Republikanischen Partei bestimmen werden. Dies bedeutet eine klare Fokussierung auf den Themenkomplex *Race* in der amerikanischen Politik sowie eine Analyse der elektoralen Nachfrageseite, das heißt der republikanischen Wählerschaft, die sich dank der strategischen Ausrichtung der Partei seit den 1960er Jahren herausgebildet hat.

Ein zentraler Schlüssel zu Trumps Erfolg lässt sich schlussendlich in seinen Appellen an die Ressentiments und Ängste der republikanischen Kernwählerschaft und der gemeinsamen populistischen Grundhaltung finden. Im letzten halben Jahrhundert hat sich die Republikanische Partei zu einem Experten in der Nutzung von „Identity Politics“ in der Wählergewinnung entwickelt. Nicht zuletzt dank dieser republikanischen Strategie ist im heutigen politischen Umfeld die eigene Identität – im konkreten Falle die ethnische Zugehörigkeit – zu einer der zentralen gesellschaftlichen

² Im politikwissenschaftlichen Kontext wird der Nativismus als eine Mischung von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit definiert. Entsprechend dieser Sichtweise sollen die eigene Nation und deren Kultur so weit wie möglich von fremden Elementen (Migranten aber auch „fremde“ Ideen) geschützt werden, die als Gefahr für den bevorzugt homogenen Nationalstaat angesehen werden. Vgl. Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, S. 18-19.

und politischen Konfliktlinien in den Vereinigten Staaten geworden. Politik wird hierbei innerhalb eines beträchtlichen Teils der republikanischen Stammwählerschaft immer stärker als Kampf der verschiedenen ethnischen Gruppen wahrgenommen, in dem der Anstieg an politischem Einfluss der Minderheiten (nicht zuletzt symbolisiert durch den Sieg Barack Obamas) unweigerlich auf Kosten der eigenen politischen Relevanz kommt. Es ist ein Narrativ, das von republikanischer Seite seit Jahrzehnten genährt wird – Donald Trumps Triumph stellt hierbei in gewisser Weise nur das jüngste Beispiel dieser bewährten Strategie dar.

Ziel des vorliegenden Buches ist es, den heutigen Zustand der Republikanischen Partei auf der Basis einer historischen Aufarbeitung näher zu erläutern und aufzuzeigen, welche Konsequenzen die ideologische Verfassung der Partei für die konservative Mehrheitsfindung in einem Land hat und haben wird – einem Land, dessen demographische Entwicklung die Republikaner vor immer größere Probleme stellen wird. Gegenüber einer Wählerschaft, die immer säkularer, gebildeter und weniger weiß geworden ist (und werden wird), präsentiert sich die Republikanische Partei kurz vor der Präsidentschaftswahl 2020 als eine Partei der weißen, (christlich-)konservativen Wählerinnen und Wähler ohne Hochschulabschluss. Es ist gerade der Weg zu dieser Zusammensetzung, der im historischen Teil des vorliegenden Werkes erläutert wird. Verstanden werden können der heutige Zustand der Partei sowie das Phänomen Trump nur im Kontext des parteipolitischen Wandels einer Region des Landes: den Südstaaten. Die Transformation des Südens von der Bastion des demokratischen *Solid South* in die Herzkammer der Republikanischen Partei hat Veränderungen innerhalb des Parteiensystem der Vereinigten Staaten bewirkt wie keine andere jüngere Entwicklung und die Republikaner zur Partei Trumps verwandelt.

Dementsprechend fängt die historische Analyse der Republikanischen Partei der Neuzeit mit der diesbezüglichen Stunde Null an: Der Präsidentschaftswahl von 1964. In ihr trat der republikanische Kandidat Barry Goldwater auf

einer programmatischen Plattform an, deren Absicht darin bestand, die weißen Wähler des Südens zu erobern. Bis zu diesem Jahrzehnt fest in demokratischer Hand (da im Süden die Demokratische Partei die Partei der Befürworter der Rassentrennung war), sahen republikanische Politiker und Strategen die Region der ehemaligen *Confederacy* als Fundament zukünftiger konservativer Mehrheiten. Auch wenn Goldwater 1964 eine klare Niederlage hinnehmen musste, bewies die *Southern Strategy* der Partei ihr Potenzial, denn ihr Kandidat gewann im Süden Einzelstaaten, die seit fast einem Jahrhundert fest in demokratischer Hand gewesen waren. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde diese Strategie der Eroberung des Südens insbesondere von Richard Nixon und Ronald Reagan ausgebaut und perfektioniert. Die heutige Republikanische Partei ist ein Ergebnis dieses Masterplans. Sie hat die Republikaner des 21. Jahrhunderts zu einem ideologisch gefestigten Konstrukt weißer Wähler gemacht, die ihrerseits die Werte des „weißen Südens“ in vieler Hinsicht widerspiegeln. Migration und den wachsenden Bevölkerungsanteil der Minderheiten betrachtet der durchschnittliche Republikaner heute mit Sorge und Argwohn.

Die Kapitel bezüglich der heutigen Zusammensetzung der Republikanischen Partei zeigen im Detail auf, wie sehr diese Partei auch auf der Nachfrageseite ein Produkt der Entscheidungen der frühen 1960er Jahre ist. Die Republikanische Partei des 21. Jahrhunderts ist die Partei der amerikanischen Südstaaten und damit auch der weißen evangelikalen Christen. Sie stellen einen überproportional hohen Teil der Parteianhänger dar und dominieren mit ihren konservativen Standpunkten weiterhin die Agenda der Partei in gesellschaftspolitischen Fragen. Die *Tea Party* besitzt ebenso Wurzeln, die ein halbes Jahrhundert zurückreichen. Die Opposition der Bewegung gegen Barack Obama basierte oft mehr auf der Hautfarbe des Präsidenten denn seinen konkreten politischen Vorstößen.

Viele Schlussfolgerungen bezüglich des Elektorats der *Tea Party* treffen auch auf die Wählerschaft Donald Trumps zu. Dessen Fokussierung auf die Statusängste bestimmter Segmente der weißen Wählerschaft des Landes evoziert Erinnerungen an die Kampagnen von Goldwater, Nixon und Reagan in vorherigen Jahrzehnten. Trumps nativistischer Populismus konnte innerhalb der Partei nur erfolgreich sein, da die Vorarbeit dieser Akteure eine Kernwählerschaft mit rassistischen und xenophoben Ressentiments im republikanischen Lager geschaffen hat, die heute eine beträchtliche Größe besitzt und auch in zukünftigen Jahren Vorwahlen entscheiden könnte.

Diese Strategie steht jedoch mit jeder Wahl vor einer größeren Herausforderung. Zusammengefasst gesagt gehen der Republikanischen Partei die Wähler aus. Denn so gut wie jeder demographische Trend des Landes spricht für ihren demokratischen Gegner. Kapitel 4 wird diese Entwicklungen und das Ausmaß der Kluft zwischen den Republikanern und den wachsenden Wählergruppen aufzeigen. Es ist eine Kluft, deren Größe die Frage aufwirft, ob die Republikaner sie jemals überwinden können – und damit auch die Zukunft der Partei infrage stellt. Nicht zuletzt da die republikanische Stammwählerschaft mit einer Wagenburgmentalität auf den demographischen Wandel reagiert. Sie interpretiert diesen als Gefahr für den eigenen gesellschaftlichen Status und die Werte des Landes.

Für die amerikanische Demokratie birgt diese Sichtweise auch Gefahren in sich, da fragwürdige republikanische Maßnahmen des Machterhalts (wie die Durchsetzung von Restriktionen bezüglich der Nutzung des Wahlrechts) in den eigenen Reihen Unterstützung finden. Der Werdegang der Republikanischen Partei liefert somit auch Einblicke in die allgemeinen Herausforderungen, mit denen sich die amerikanische Demokratie im 21. Jahrhundert konfrontiert sieht.

2 Die Eroberung des Südens

Es waren gerade drei Politiker, die mit verschiedenen Strategien die heutige Republikanische Partei prägen sollten. Barry Goldwater, Richard Nixon und Ronald Reagan weisen grundsätzlich unterschiedliche politische Werdegänge und Erfolge auf. Goldwater konnte in der Präsidentschaftswahl 1964 nicht mehr als eine Handvoll von Einzelstaaten gewinnen, während Nixon das Weiße Haus als politischer Aussätziger verließ und Reagan zu einer Ikone des amerikanischen Konservatismus wurde. Doch die politischen Entscheidungen des Trios haben die Republikanische Partei in einem Ausmaß verändert, das sich gerade auch in der Trump-Ära erkennen lässt. Es ist die Geschichte einer Partei, die nach einem Jahrhundert der politischen Pleiten im amerikanischen Süden während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur dominanten Kraft in der Region wurde. Es ist somit auch die Geschichte einer politischen Transformation, die in einem nicht unbeträchtlichen Maße auf rassistischen Ressentiments beruht, die heute wieder verstärkt einen beachtenswerten Einfluss auf den politischen Diskurs des Landes ausüben.

2.1 Die Republikaner und der Süden – ein Jahrhundert gegenseitiger Animosität

Die amerikanische Politik von heute lässt sich auf Entscheidungen führender Politiker in den 1960er Jahren zurückführen. Vergleicht man die heutzutage ideologisch klar definierte Demokratische und Republikanische Partei mit ihren Pendanten vor einem halben Jahrhundert, erscheint es fast unfassbar, dass sich aus diesen Gruppierungen innerhalb von einigen wenigen Jahrzehnten gänzlich andere politische Gebilde entwickeln sollten. Ist der amerikanische

Nordosten heute eine Bastion der Demokratischen Partei, so war er in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine Region, in der republikanische Kandidaten eine Mehrheit der Abgeordneten stellten. Das Etikett einer „Partei“ mögen die Demokraten in dieser Ära des „Fünften Parteiensystems“ der Vereinigten Staaten (zwischen den 30er und 60er/70er Jahren des 20. Jahrhunderts) aufgrund ihrer fundamentalen internen Differenzen vielleicht gar nicht verdient haben. Sie setzte sich zusammen aus liberal-progressiven Akteuren aus dem Norden des Landes sowie erzkonservativen Südstaatlern, die ihrerseits alles daransetzten, die Unterdrückung ihrer schwarzen Mitbürger auch ein Jahrhundert nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkrieges fortzuführen. Mit dem Aufkommen der Bürgerrechtsbewegung der frühen 1960er Jahre stießen die Demokraten auf eine Weggabelung, die unweigerlich zu einem Bruch der Partei und somit einer fundamentalen Neuausrichtung des amerikanischen Parteiensystems führen musste.

Im Zentrum dieser Neuausrichtung sollten die Südstaaten sowie die Frage der Rassenbeziehungen stehen. Der amerikanische Süden, der Themenkomplex *Race* und die Entwicklung der Republikanischen Partei sind seit jeher untrennbar miteinander verbunden. Es war der Kampf gegen die weitere Ausbreitung der Sklaverei, der 1854 zur Gründung der Republikanischen Partei führte und diese somit unverzüglich zum Erzfeind des politischen Establishments des Südens machte. Anlass zur Parteigründung bot die Verabschiedung des *Kansas-Nebraska Act* im selben Jahr, der den drei Jahrzehnte alten *Missouri Compromise* verwarf. Letzterer hatte 1820 die Sklaverei nördlich des Breitengrades 36°30' in neuen Staaten westlich des Mississippi (bis auf Missouri) für illegal erklärt. 1854 schlug nunmehr der demokratische Senator Stephen A. Douglas vor, dass die Siedler in den neuen Territorien im Westen selbst über die Frage der Legalität der Sklaverei in den Gebieten entscheiden sollten. Mit der Verabschiedung des Gesetzes im Mai 1854 geriet das delikate Gleichgewicht zwischen Pro- und

Anti-Sklaverei-Staaten somit endgültig ins Wanken. Für Gegner des *Kansas-Nebraska Act* symbolisierte dieser in vielerlei Hinsicht einen Verrat an den amerikanischen Idealen, nicht nur aufgrund des potenziellen Ausbaus der Sklaverei und der damit fortwährenden Unterdrückung von, zum damaligen Zeitpunkt, über drei Millionen Menschen.³ Die geplante Reform schien zudem aufzuzeigen, dass die mächtigen Sklavenbesitzer (für die das Label der „Oligarchen“ passend erscheint) im Kongress politischen Einfluss erkaufte hatten. Dieser Einfluss, so die Befürchtung, würde in den darauffolgenden Jahren nur noch weiter ansteigen. In den landwirtschaftlich vielversprechenden Regionen des Westens würden die Sklaverei-Magnaten zweifelsfrei ihre ökonomische Dominanz erweitern und damit ihren politischen Einfluss ebenso.⁴

Am Tag nach der Verabschiedung des *Kansas-Nebraska Act* sollten in der amerikanischen Hauptstadt ungefähr 30 Abgeordnete zusammenkommen, die sich als Ziel vornahm, eine weitere Verbreitung der Sklaverei in den Westen mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern. Israel Washburn, Mitglied der konservativen und marktliberalen *Whig*-Partei und Repräsentant aus Maine, war nicht nur der Initiator dieses Treffens, sondern schlug auch einen Namen für die neugeborene Partei vor: Republikaner. Damit griff Washburn die Idee anderer unzufriedener Aktivisten auf. Bereits anderthalb Monate zuvor waren ehemalige politische Unterstützer der demokratischen und *Whig*-Parteien in Ripon, Wisconsin, mit dem Ziel zusammen gekommen, eine neue Partei des Republikanismus zu gründen.⁵ Der Name *Republicans* sollte die Ideale der amerikanischen Revolution in Erinnerung rufen – schließlich war es Thomas Jefferson,

³ Vgl. Gould, Lewis (2003): *Grand Old Party: A History of the Republicans*, S. 7.

⁴ Vgl. Richardson, Heather Cox (2014): *To Make Men Free: A History of the Republican Party*, S. 6-7.

⁵ Vgl. Gienapp, William E. (1987): *The Origins of the Republican Party, 1852-1856*, S. 89; Gould (2003), S. 14.

Autor der Unabhängigkeitserklärung und ihres „All men are created equal“-Grundsatzes, der seiner eigenen politischen Bewegung denselben Namen gegeben hatte.⁶

Die parteipolitischen Verhältnisse sowie darauffolgende regionale Spaltungen, die durch die Neugründung der Republikanischen Partei geschaffen wurden, sollten ein beachtliches Maß an Resilienz und Stabilität vorweisen. Die elf Einzelstaaten der *Confederacy*,⁷ die zwischen 1861 und 1865 für die Aufrechterhaltung der Sklaverei zu den Waffen griffen, blieben auch nach dem Ende der politischen Aufarbeitung des amerikanischen Bürgerkrieges für fast ein Jahrhundert weiterhin fest in demokratischer Hand. Betrachtet man die heutige Zusammensetzung der Demokratischen Partei, erscheinen diese regionalen Mehrheitsverhältnisse schier unglaublich. Doch der Blick auf die Entwicklungen der Ära des amerikanischen Bürgerkrieges liefert Aufschluss über den ideologischen Aufbau des damaligen Parteiensystems. In den Kämpfen zwischen den *Abolitionists* und den Befürwortern des unmenschlichen Systems der Sklaverei, befanden sich auf ersterer Seite vornehmlich die neu gegründeten Republikaner, auf letzterer hauptsächlich Demokraten. Versinnbildlicht wurde dieser Streit durch einen Vorfall im Mai 1856. Im Kongress hatte der republikanische Senator aus Massachusetts, Charles Sumner, eine Brandrede gegen die Institution der Sklaverei im Allgemeinen und den *Kansas-Nebraska Act* im Speziellen gehalten. Sumner beschrieb den Akt als „crime“ sowie – in Bezug auf die neuen Territorien des Landes und der dortigen potenziellen Durchsetzung der Sklaverei – als „rape of a virgin territory, compelling it to the hateful embrace of slavery“.⁸

⁶ Vgl. Richardson (2014), S. 8.

⁷ Alabama, Arkansas, Florida, Georgia, Louisiana, Mississippi, North und South Carolina, Tennessee, Texas, und Virginia.

⁸ Zitiert in: Sumner, Charles (1856): Speech of Hon. Charles Sumner in the Senate of the United States, 19th and 20th May, 1856, S. 5

Ziel weiterer Attacken war unter anderem Andrew Butler, demokratischer Senator aus South Carolina und damit ein glühender Verfechter der Sklaverei. Unter Nutzung sexueller Allegorien beschrieb Sumner die „Beziehung“ Butlers (sowie im generellen Sinne aller Befürworter der Unterjochung der schwarzen Minderheit) zur Institution der Sklaverei. Die Sklaverei, so Sumner, sei Butlers „mistress“, eine Hure („harlot“), die gut zu ihm, aber schlecht zu allen anderen sei.⁹ Im Repräsentantenhaus befand sich mit Preston Brooks (ebenfalls aus South Carolina) ein Cousin Butlers, der diesen Angriff gegen einen Verwandten sowie im weiteren Sinne gegen die Werte des Südens nicht ungezügelt lassen wollte. Zwei Tage nach der Rede Sumners begab sich Brooks in den Senatssaal. Bewaffnet mit einem Stock, an dessen Ende sich ein metallener Knauf befand, schlug der Repräsentant mehrfach auf Sumner ein und brachte den Senator an den Rand des Todes.¹⁰

Der Konflikt zwischen Norden und Süden sollte ein halbes Jahrzehnt danach im amerikanischen Bürgerkrieg gipfeln – anstatt zweier Mitglieder des Kongresses standen sich nunmehr ganze Heere gegenüber. An der Spitze des „Nordens“ stand mit Abraham Lincoln ein republikanischer Präsident. Dieser mag zwar aus heutiger Sicht auch nicht unbedingt progressive Standpunkte bei der Frage der Rassegleichheit vertreten haben,¹¹ doch war die Beendigung der Sklaverei ein von Lincoln verfürgtes Kriegsziel. Auf den

⁹ Vgl. ebd., S. 9.

¹⁰ Vgl. Sinha, Manisha (2003): *The Caning of Charles Sumner: Slavery, Race, and Ideology in the age of the Civil War*. In: *Journal of the Early Republic* 23 (2), S. 233-262.

¹¹ Ein friedliches Zusammenleben zwischen Weißen und befreiten Schwarzen sah Lincoln beispielsweise als höchst unwahrscheinlich an. Dementsprechend präferierte Lincoln bis weit in seine erste Amtszeit hinein die Umsiedlung von ehemaligen Sklaven nach Afrika oder in die Karibik. Vgl. Fredrickson, George M. (1975): *A Man but not a Brother: Abraham Lincoln and Racial Equality*. In: *The Journal of Southern History* 41 (1), S. 39-58.

Sieg über den Süden folgte die grundlegende Frage, wie mit den ehemaligen Rebellen umgegangen werden sollte. Konnte der weißen Wählerschaft und den Politikern einer Region, die nur wenige Jahre zuvor den Verbund der Vereinigten Staaten zerschlagen hatte, wirklich die politische Selbstbestimmung wieder anvertraut werden – insbesondere bei der Durchsetzung der nunmehr zumindest justiziell festgeschriebenen Gleichheit der Rassen?

Beträchtliche Teile der damaligen Republikanischen Partei verneinten diese Frage. Problematisch für die Umsetzung der republikanischen Agenda in der *Reconstruction*-Ära nach dem Bürgerkrieg sollte zweifelsfrei die Person im Weißen Haus sein. Nach dem Mord Abraham Lincolns übernahm im April 1865 Andrew Johnson das Präsidentschaftsamt. Auch wenn dieser ein halbes Jahr zuvor zusammen mit Lincoln in den Wahlkampf gezogen war, ließ sich Johnsons demokratische Herkunft aus den Südstaaten (Tennessee) nicht verbergen. Johnson hatte sich seinerzeit als einziger der 22 Südstaatensensatoren gegen die Abspaltung seiner Heimat ausgesprochen, jedoch keinesfalls aufgrund einer vehementen Opposition gegen die Sklaverei. Diese, so bekundete er nach dem Krieg, hätte innerhalb der Vereinigten Staaten besser verteidigt werden können als unter dem Banner der Separatisten der *Confederacy*, deren Niederlage somit auch das Ende der Sklaverei mit sich brachte.¹² Im Interesse der nationalen Einheit und mit dem Ziel, die Partei über ihre klassische Wählerschaft hinaus auszubauen war Johnson jedoch von den Delegierten des republikanischen Parteitages im Sommer 1864 als Lincolns elektoraler Partner einer *National Union*-Kandidatur gesucht worden. Inwieweit Johnson die generelle Agenda der Partei, die ein Jahrzehnt zuvor mit dem Ziel der Abschaffung der Sklaverei gegründet worden war, unterstützte, spielte für die Entscheidungsträger eine untergeordnete Rolle – schließlich erwartete niemand, dass Johnson jemals

¹² Vgl. Wineapple, Brenda (2019): *The Impeachers: The Trial of Andrew Johnson and the Dream of a Just Nation*, S. 65-66.

an den Schalthebeln der Macht sitzen würde.¹³

Das Schicksal wollte es jedoch anders und nunmehr saß ein Präsident im Weißen Haus, der zum Thema Rassengleichheit einen klaren Standpunkt vertrat: „Everyone would and must admit that the white race is superior to the black.“¹⁴ Diese Einstellung prägte dementsprechend auch die Standpunkte des Präsidenten bezüglich der Ausgestaltung der *Reconstruction*-Politik. Diese konnte er insbesondere in seinem ersten Amtsjahr relativ frei realisieren, da der Kongress mit seinen republikanischen Mehrheiten für neun Monate zwischen März und Dezember 1865 nicht zusammenkommen sollte. Statt eine *Special Session* einzuberufen, sah sich der Präsident befugt, die monumentale Aufgabe der Reintegration des Südens selbst anzugehen – mit einer Positionierung, die Johnsons Standpunkte und seine geographische Zugehörigkeit immer wieder offenbarte. Die Übertragung des Wahlrechts auf die befreiten Sklaven betrachtete Johnson als Angelegenheit für die Einzelstaaten – und damit Akteuren, die kurz zuvor noch für die Aufrechterhaltung der Sklaverei gekämpft hatten.¹⁵ Eine fast dreistellige Zahl von Persönlichkeiten der *Confederacy* wurde von Johnson in der Anfangsphase seiner Präsidentschaft täglich begnadigt¹⁶ und bereits im Dezember 1865 erklärte der Präsident, dass die erneute Zusammenführung des Landes bis auf die Besetzung der Südstaaten-Sitze im Kongress abgeschlossen sei.¹⁷ Die neu formierten Parlamente der Südstaaten zeigten ihrerseits keinerlei Anzeichen, dass sich an ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber der schwarzen Minderheit etwas geändert hätte. Vielmehr verabschiedeten sie eine Reihe von sogenannten *Black Codes*, deren Umsetzung oftmals eine

¹³ Vgl. Gould (2003), S. 39-40.

¹⁴ Zitiert in: Szalai, Jennifer (2019): Impeachment, the First Time Around. In: New York Times, 15. Mai.

¹⁵ Vgl. Gould (2003), S. 45.

¹⁶ Vgl. Szalai (2019).

¹⁷ Vgl. Richardson (2014), S. 59.

neue Form der Sklaverei darstellten. So existierten in der gesamten Region Gesetze gegen „Vagabundieren“ (*Vagrancy Laws*), die lokalen Ordnungshütern ein großes Maß an Freiheit bezüglich der Festnahme von Afro-Amerikanern gab. Waren diese etwa nicht imstande, Geldstrafen zu bezahlen, konnten Dritte beispielsweise in Mississippi die Bezahlung dieser Strafe übernehmen – im Gegenzug erhielten sie den „Straftäter“ als Arbeitskraft.¹⁸

Die Reaktion der Republikanischen Partei auf Johnsons Agenda war wenig verwunderlich und alles andere als enthusiastisch. Als die republikanische Mehrheit im Kongress im Dezember 1865 von ihrer Pause zurückkehrte, entschied sie sich, die Sitze des Südens in den beiden Kammern erst einmal unbesetzt gelassen. Mit Nachdruck sollte nunmehr ein weiterer Rückfall des Südens in alte Verhaltensmuster verhindert werden. In Präsident Johnson hatte der republikanische Kongress jedoch einen Gegner, der in fast jeder politischen Frage alles Erdenkliche tat, um den *Antebellum*-Süden in seinen gesellschaftlichen Formen ausgenommen einer erneuten Einführung der Sklaverei wiederherzustellen. Im Frühjahr 1866 verabschiedete der republikanische Kongress ein Gesetz, das den Status der befreiten Sklaven als amerikanische Bürger mit all den damit verbundenen Rechten garantierte (ohne den betroffenen Personen jedoch das Wahlrecht explizit zuzusichern). Hier machte der Präsident, mit dem Argument, das Gesetz zentralisiere ein zu beträchtliches Ausmaß an Macht innerhalb des föderalen Regierungsapparats, jedoch umgehend von seinem Vetorecht Gebrauch¹⁹ – eine Argumentation für die Stärkung der einzelstaatlichen Rechte, die, wie später aufgezeigt wird, auch ein Jahrhundert danach immer wieder Verwendung fand, wenn es darum ging, die institutionelle und rechtliche Gleichstellung von schwarzen Amerikanern zu verhindern.

¹⁸ Vgl. Mississippi Black Codes (1865), Abschnitt 4 (Penal Laws).

¹⁹ Vgl. Gould (2003), S. 48.

Auch wenn die republikanische Mehrheit im Kongress den Präsidenten überstimmen konnte (und dies insgesamt in 15 Fällen tat, bis heute ein Rekordwert)²⁰, zeigte das Verhalten Johnsons und die fehlende Buße im Süden den Republikanern auf, dass weitreichendere Maßnahmen notwendig waren, um die Ziele Lincolns durchzusetzen. Über 350.000 Soldaten des Nordens sollten nicht für ein Land gestorben sein, das eine Fortführung der Leibeigenschaft schwarzer Bürger unter einem anderen Namen billigte. Die Vorgaben für die Wiederaufnahme der Südstaaten in den amerikanischen Bundesstaat waren dementsprechend strikt. Die von südstaatlicher Seite immer stärker als diktatorische Vorgehensweise betrachtete Auferlegung von Bedingungen sollte dem Ansehen der Republikanischen Partei in der Region nur noch weiteren Schaden zufügen und sie für fast ein Jahrhundert in weiten Teilen der Region zu einem politischen Paria machen. Durch die *Military Reconstruction Acts* von 1867/68 in fünf Militärbezirke unterteilt, mussten sich die ehemaligen Mitgliedsstaaten der *Confederacy* neue Verfassungen geben, den 14. Zusatzartikel zur US-Verfassung, der in den Vereinigten Staaten geborenen Personen die Staatsbürgerschaft überträgt (und somit sicherstellte, dass ehemalige Sklaven zu amerikanischen Staatsbürgern wurden) anerkennen und garantieren, dass auch die männliche schwarze Bevölkerung das Wahlrecht erhalten würde.²¹ Maßnahmen wie diese schafften in den Jahren nach dem Bürgerkrieg eine durchaus beträchtliche Verbundenheit zwischen großen Teilen der schwarzen Wählerschaft und der Republikanischen Partei. So gab es für Frederick Douglass, den vielleicht bekanntesten afroamerikanischen Abolitionisten, keine Frage, welcher politische Akteur für die schwarze Minderheit im Land die einzige Option sei: „The

²⁰ Vgl. Priess, David (2018): How a Difficult, Racist, Stubborn President was Removed From Power – If not From Office. In: Politico Magazine, 13. November.

²¹ Vgl. Gould (2003), S. 50-51.

Republican Party is the ship and all else the sea.“²²

Die Dispute zwischen den Republikanern der Legislative und dem demokratischen Präsidenten mit rassistischen Ansichten gipfelte 1868 im ersten *Impeachment* eines amerikanischen Staatsoberhauptes. Johnson hatte mit seinem Versuch, Kriegsminister Edwin Stanton aus seinem Amt zu entlassen gegen den erst im März 1867 verabschiedeten *Tenure of Office Act* verstoßen. Dieser sah vor, dass der Präsident Mitglieder des Kabinetts, die vorher mit Zustimmung des Senats berufen wurden nur mit der Billigung des Senats wieder entfernen könne. Stanton, ein überzeugter Befürworter der strikten *Reconstruction* des Südens, der dank seiner Position an der Spitze der Armee wie nur wenige andere Politiker die diesbezüglichen Vorgaben durchsetzen konnte, missachtete hingegen Johnsons Leitlinien bei der Reintegration der Region geflissentlich. Dementsprechend war Stanton dem Präsidenten ein Dorn im Auge. Johnsons Versuch, den Kriegsminister trotz der durch den *Tenure of Office Act* dargestellten Warnung des Kongresses zu entlassen, wurde vom republikanischen Repräsentantenhaus dankbar angenommen. Johnsons Amtsenthebung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Senat scheiterte schlussendlich jedoch an einer Stimme.²³ Außerstande, die Kandidatur seiner eigenen Partei für die Präsidentschaftswahl 1868 einzuholen, verließ Johnson im März 1869 das Weiße Haus.

Sein Nachfolger, der Republikaner und dekorierte Nordstaattengeneral Ulysses S. Grant, begann seine Amtszeit mit der Absicht, die Fehler seines Vorgängers in Fragen der *Reconstruction* auszumerzen. Jedoch befand sich seine Partei in einer politischen Zwickmühle. Eines der grundlegenden Ziele der *Reconstruction* – die vollständige Ermächtigung

²² Zitiert in: Pitre, Merline (1979): Frederick Douglass: The Politician vs. the Social Reformer. In: *Phylon* 40 (3), S. 277.

²³ Vgl. Sefton, James E. (1968): The Impeachment of Andrew Johnson: A Century of Writing. In: *Civil War History* 14 (2), S. 120-147.

und Gleichberechtigung schwarzer Amerikaner – stieß nicht nur im Süden auf Opposition. Auch im Norden konnten Demokraten mit ihrer fortwährenden Botschaft der Rassenungleichheit punkten und vermehrt lokale Wahlen gewinnen. Dazu gesellte sich die Herausforderung, bei der Reintegration des Südens handfeste Fortschritte vorweisen zu können. Eine republikanische Vorgehensweise, die auf unbestimmte Zeit den Süden wie eine Kolonie behandelte, erschien politisch ebenso nur wenig zweckdienlich. Fast ein halbes Jahrzehnt nach dem Ende der Kriegshandlungen stellt sich die Frage, inwieweit eine Südstaaten-Politik fortgeführt werden könne, die weiterhin in vielen Fällen von der Unterstützung durch Armeetruppen abhing.²⁴ Nachdem der Kongress im Sommer vor der Präsidentschaftswahl 1868 sieben der elf Einzelstaaten der *Confederacy* den Wiedereintritt in den Bund der Vereinigten Staaten erlaubt hatte, lautete für den neuen Präsidenten die Vorgabe, die Ära der *Reconstruction* zu einem Ende zu bringen.

Diese Herausforderung erschien jedoch mit jedem Jahr schwieriger. Mit dem Ku-Klux-Klan hatte sich in weiten Teilen des Südens eine Art paramilitärische Gruppierung etabliert, deren Ziel es war, die Umsetzung der Vorgaben des republikanischen Kongresses im Keim zu ersticken. Ihren Höhepunkt erreichte dieser Aufstand zu Beginn der Grant-Präsidentschaft in Teilen von South Carolina mit einer Kampagne des Terrors gegen Afro-Amerikaner und ihre politischen Verbündeten. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger war Grant nicht willens, die Wiederauferstehung der alten Traditionen des Südens widerstandslos hinzunehmen. In einer Botschaft an den Kongress im Dezember 1870 fasste der Präsident den bemitleidenswerten Zustand der Demokratisierung im Süden zusammen. „Die freie Ausübung des Wahlrechts“, so Grant, bliebe „durch Gewalt und Einschüchterung“²⁵ vielen Bürgern der Region weiter-

²⁴ Vgl. Richardson (2014), S. 79-81, Gould (2003), S. 55, 60-61.

²⁵ Zitiert in: Newton, Michael (2014): *White Robes and Burning Crosses: A History of the Ku Klux Klan from 1866*, S. 18.

hin verwehrt. Föderale Maßnahmen – basierend auf dem *Ku Klux Klan Act* (auch bekannt als *Third Enforcement Act*) aus dem Jahre 1871 – lieferten für Amos T. Akerman, Grants *Attorney General* an der Spitze des neu gegründeten Justizministeriums, schließlich die Grundlage, den Klan zu bekämpfen. Sie gaben dem Ministerium die juristischen Werkzeuge, gegen Personen vorzugehen, die die Bürgerrechte anderer beschnitten und gab der Bundesregierung größere Freiheiten bezüglich der Nutzung des Militärs zur Durchsetzung eben dieser Rechte.²⁶ Wie die *Radical Republicans* des Kongresses, erkannte Akerman, dass freundliche Worte und Überzeugungsarbeit bei beträchtlichen Teilen der weißen Südstaatler ein sinnloses Unterfangen darstellten. Ein neuer Süden konnte nur geschaffen werden, in dem der föderale Regierungsapparat mit all seiner Macht die durch die Verfassung garantierten Rechte aller Bürger durchsetzte.²⁷ Dank des effizienten juristischen Feldzuges gegen den Klan sollten dessen Aktivitäten dann auch wieder eingestellt werden – ein halbes Jahrzehnt nach seiner Gründung war der KKK als Organisation 1871 (erst einmal) wieder verschwunden.

Der Kampf gegen den Ku-Klux-Klan und seine kriminellen Handlungen sollte schlussendlich jedoch die letzte große Maßnahme der Republikaner im *Reconstruction*-Kampf der Gleichberechtigung aller Amerikaner darstellen. Mit jedem Jahr, den der Bürgerkrieg in die Ferne rückte, nahm auch der republikanische Elan zur Sicherung schwarzer Rechte im Süden graduell ab. Andere Aspekte, wie die Entwicklung der Wirtschaft waren nunmehr für die Wähler im Land erheblich relevanter als die Frage, ob Personen, die weiterhin vielfach als inferior betrachtet wurden, ihre verfassungsrechtlich zugestandenen Rechte erhalten würden. Ein

²⁶ Vgl. Horwitz, Joshua/Casey Anderson (2009): *Guns, Democracy, and the Insurrectionist Idea*. Ann Arbor, S. 129.

²⁷ Vgl. Kaczorowski, Robert J. (1995): *Federal Enforcement of Civil Rights During the First Reconstruction*. In: *Fordham Urban Law Journal* 23 (1), S. 159-160.

wirtschaftlicher Abschwung, der 1873 begann und bis zum Ende der Präsidentschaft Grants andauern sollte, brachte auch die finanziellen Kosten der *Reconstruction* auf den Prüfstand. Die passivere (und kostengünstigere) Positionierung der Regierung im Süden bezüglich der Umsetzung föderaler Vorgaben erschien Grant folglich politisch dienlich.²⁸ Demokratische Erfolge an den Wahlurnen schienen der Republikanischen Partei und ihren Unterstützern ebenso aufzuzeigen, dass die Zeit gekommen war, sich anderen Themen als dem Süden zuzuwenden. In Präsident Grants zweiten *Midterm*-Wahlen (1874/75) halbierte sich die Zahl der republikanischen Sitze im Repräsentantenhaus nahezu von 203 auf 107, der schlechteste Wert seit dem Ende des Bürgerkrieges. Die den Republikanern nahestehende Bostoner Zeitung *Commonwealth* hatte bereits mehrere Jahre zuvor konstatiert: „A party cannot be maintained on past traditions. It must move on to new conquests.“²⁹

Mit dem „Kompromiss von 1877“ sollte die Ära der *Reconstruction* dann auch ihr offizielles Ende finden. Seit dem Ende des Bürgerkrieges hatte die Armee eine zentrale Rolle in der Implementation der republikanischen Agenda in den Südstaaten gespielt. Als Teil der Demokratisierung durch das Bajonett lag die Registrierung der dortigen Wähler beispielsweise in der Obhut der Streitkräfte während die für Republikaner positiven Wahlergebnisse trotz demokratischer Versuche der Einschüchterung schwarzer Wähler ebenso dank der Präsenz des Militärs umgesetzt werden konnten.³⁰ Die Frage, inwiefern und wie lange der Süden als eine zumindest partielle Militärkolonie des Nordens behandelt werden sollte, erhielt nach der Präsidentschaftswahl 1876 ein neues Maß an Aufmerksamkeit. In dieser hatte der demokratische Kandidat Samuel J. Tilden zwar die *Popular Vote* gewonnen, doch fehlte ihm eine einzige Elektorenstimme zur Mehrheit von 185. Mit insgesamt 20 ausstehen-

²⁸ Vgl. Kaczorowski (1995), S. 183.

²⁹ Zitiert in: Gould (2003), S. 64.

³⁰ Vgl. Richardson (2014), S. 67.

den Stimmen im *Electoral College* in den Einzelstaaten Oregon, sowie drei Südstaaten mit republikanischen Regierungen, deren Ergebnisse mehr Fragen als Antworten aufwarfen, war es Aufgabe einer Kongress-Kommission herauszufinden, wem diese Stimmen zuzusprechen seien. Vier Monate nach der Wahl entschieden die acht republikanischen Mitglieder der Kommission gegen die sieben Stimmen der Demokraten, dass der republikanische Kandidat Rutherford B. Hayes die 20 Elektorenstimmen und damit ebenso das Amt des Präsidenten erhalten solle.³¹ Jedoch musste diese Entscheidung die Zustimmung des Kongresses selbst erhalten.

Im Repräsentantenhaus drohten die dortigen Demokraten mit einem *Filibuster*, der die rechtzeitige Vereidigung des Präsidenten infrage stellte. Als Lösung eröffnete sich der bereits erwähnte Kompromiss von 1877. Nach über einem Jahrzehnt von *Reconstruction*-Maßnahmen war der republikanische Eifer bezüglich der permanenten Demokratisierung des Südens endgültig am Ende. Die Einwilligung der Demokraten zur Präsidentschaft Hayes' wurde mit dessen Versprechen, die politische Involvierung der Armee im Süden einzustellen, eingeholt.³² Ohne die Armee als Garant der Umsetzung föderaler Vorgaben, übernahmen die Demokraten in den drei verbleibenden von Republikanern geführten Einzelstaaten des Südens (Florida, Louisiana und South Carolina) die politische Gewalt. Das Experiment der radikalen Transformation des Südens war zu einem enttäuschenden Ende gekommen. Nunmehr sollte sich endgültig die *Antebellum*-Politik der Zweiklassengesellschaft des Südens auch nach dem Krieg mehr und mehr in der Region durchsetzen. Mit der demokratischen Rückeroberung der Macht in den Landeskammern, entsandten diese auch wieder Demokraten in den Senat in Washington, D.C. Die Folge war, dass die Demokratische Partei 1878 die Mehrheit

³¹ Vgl. ebd., S. 113-114.

³² Vgl. Gould (2003), S. 76-77.